

A11 Mandat zur Einreichung für Satzungsänderung an den DWV

Gremium: Bundesjugendarbeit

Beschlussdatum: 20.03.2025

Antragstext

- 1 Die Deutsche Wanderjugend im Schwäbischen Albverein, Fabian Kempe,
- 2 Vorstandsmitglied DWJ Landesverband Hessen und der Bundesjugendbeirat
- 3 beantragen
- 4 ein Mandat der Bundesdelegiertenversammlung zur Einreichung verschiedener
- 5 Satzungsänderungen zur erhöhten Sichtbarkeit und besserem Mitspracherecht der
- 6 Jugendvertretungen im Deutschen Wanderverband.
- 7 Satzung Deutscher Wanderverband:
- 8 Antrag 1: Stimmrecht für die DWJ
- 9 Antragstext
- 10 Änderung in §11 Mitgliederversammlung.
- 11 Füge nach (4) den folgenden neuen Abschnitt als Abschnitt (5) ein:
- 12 (5) Die Deutsche Wanderjugend hat eine Stimme mehr als das ordentliche Mitglied
- 13 mit den meisten Stimmen. Die Delegierten der Deutschen Wanderjugend werden von
- 14 der Bundesdelegiertenversammlung der Deutschen Wanderjugend oder, sofern
- 15 zeitlich nicht möglich, vom Bundesjugendbeirat der Deutschen Wanderjugend
- 16 ernannt und entsandt.
- 17 Die folgenden Abschnitte (5) bis (15) verschieben sich entsprechend.
- 18 Antrag 2: Klärung, wer den Vorstand erweitert.
- 19 Antragstext
- 20 Änderung in § 12 Verbandsvorstand.
- 21 Ändere Satz 1 in (1), vorher:
- 22 Der Verbandsvorstand besteht zwingend aus dem Präsidium gem. § 5 und kann
- 23 erweitert werden um:
- 24 hin zu
- 25 Der Verbandsvorstand besteht zwingend aus dem Präsidium gem. § 5 und kann durch
- 26 die Mitgliederversammlung erweitert werden um:
- 27 Antrag 3: Adaption der Vereinigung der Stimmen
- 28 Antragstext
- 29 Änderung in §11 Mitgliederversammlung.
- 30 Ändere §11 (6) Satz 1, vorher:
- 31 Ein Delegierter kann mehrere Stimmen seines Vereins auf sich vereinen.
- 32 hin zu:
- 33 Ein Delegierter kann bis zu 3 Stimmen seines Vereins auf sich vereinen.

33 Antrag 4: Entfernung einheitlicher Stimmabgabe

34 Antragstext

35 Änderung in §11 Mitgliederversammlung

36 Streiche §11 (6) Satz 3, vorher:

37 Die Stimmabgabe eines ordentlichen Mitglieds hat einheitlich zu erfolgen.

38 Begründung für Antrag 1

39 Der Deutsche Wanderverband verpflichtet sich mit der Präambel seiner Satzung zur
40 Geschlechtergerechtigkeit und Förderung der Jugend. Dennoch gibt er den vielen
41 jungen Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern, die in der Deutschen
42 Wanderjugend organisiert sind, keinerlei direktes Mitspracherecht in seinem
43 höchsten Gremium.

44 Wir stellen fest, dass Jugendmitglieder bei der Suche nach Delegierten oft
45 übergangen werden, daher schafft der DWV hier für diese Personen eine Plattform.
46 Den Mitgliedsvereinen steht es selbstverständlich frei, darüber hinaus Personen
47 aus den Jugendstrukturen für deren Delegation zu bestimmen.

48 Das frühe Einbinden des Nachwuchses fördert und ermöglicht es,
49 zukunftsorientiert aufgestellt zu sein und die Interessen aller Gruppen des
50 Wanderverbands zu hören. Weiterhin wird der DWV so seiner Eigenverpflichtung
51 gerecht.

52 Begründung für Antrag 2

53 Dieser Antrag dient der Klarstellung, wer den Vorstand erweitert. Dies
54 ist zwar in den Aufgaben der MV bereits implizit festgelegt; dort heißt es in
55 §12 (13) 3. "Wahl des Vorstandes". Diese Änderung sorgt dafür, dass diese
56 Information auch an der Stelle, die den Vorstand regelt, klar
57 ersichtlich ist. Hierzu gehört insbesondere die Position der Jugend, die aus
58 unserer Sicht von der Mitgliederversammlung bestätigt werden sollte.

59 Begründung für Antrag 3

60 Demokratie lebt von Meinungsvielfalt. Mehrere Stimmen, in Extremfällen bis zu
61 11, auf eine Person zu vereinen, ist aus unserer Sicht das Gegenteil. Für uns
62 ist es fraglich, ob dies die demokratischen Grundsätze sein sollen, die wir als
63 Verband leben möchten. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass es einer großen
64 Kraftanstrengung benötigt, sowohl die finanziellen Mittel, sowie Delegierte an
65 sich zu finden und sehen durch diese Änderung einen dahingehenden Kompromiss.

66 Begründung für Antrag 4

67 Auch hier sehen wir die Meinungsvielfalt eingeschränkt und wünschen uns, dass
68 die Entscheidung über eine einheitliche Stimmabgabe den Delegationen obliegt und
69 nicht durch die Satzung festgeschrieben ist. Aus unserer Sicht wird dadurch auch
70 hier die Meinungsvielfalt unseres Verbandes deutlicher.